Manfred Knoche

Medienpolitik als Konzentrationsförderungspolitik

Auch Österreich tappt in die Privatisierungsfalle

»Unter dem Vorwand der Meinungsvielfalt werden nur jene kommerziell übermächtigen Gruppen Lizenzen erhalten, die ohnehin schon den Markt diktieren.«
ÖGB-Arbeitsgemeinschaft Publizistik und Medien 1997

»Im übrigen bin ich der Meinung, die Mediaprint muß zerschlagen werden.«
Armin Thurnher seit 1995 wöchentlich[1)]

Niemand in Österreich kann später sagen, er habe es nicht wissen können. Denn wer es wissen will, kann es schon seit Jahren sehen: Die Privatisierung des Rundfunkbereichs fördert weltweit die Medienkonzentration. Wissenschaftliche und journalistische Veröffentlichungen, die diesen Zusammenhang überzeugend belegen, gibt es in großer Zahl. Die regelmäßigen Dokumentationen zum Verlauf der Medienkonzenzentration im In- und Ausland sind kaum zu übersehen. (Vgl. Auswahlbibliographie von Constanze Farda in diesem Heft)

Gut informierte Politiker der Regierungsparteien, die gerade mit Hinweisen auf das Ausland die Medien-Privatisierung vorantreiben, wissen also, was sie tun: Sie betreiben unter der Fahne von Liberalisierung, Deregulierung, Wettbewerb und Vielfalt in Wahrheit das Geschäft der Konzentrationsförderung, vorrangig im Interesse von kapitalkräftigen Medienunternehmen, Banken und der Werbewirtschaft insgesamt. Auf diese Weise tappt jetzt auch Österreich, wenn auch mit Verspätung, wider besseres Wissen in die Privatisierungsfalle.

Wider besseres Wissen deshalb, weil nicht zu übersehen ist, daß weltweit die Konkurrenz privatwirtschaftlicher Unternehmen als Wesenselement kapitalistischer Wirtschaftssysteme zwangsläufig regelmäßig zu Konzentration in Form von Akkumulation und Zentralisation des Kapitals mit negativen Folgen für die Gesellschaft führt. Das marktwirtschaftliche System ist schon lange an seine Legitimationsgrenzen gestoßen, da die realen Konzentrationsprozesse in erheblichem Widerspruch zu den nach wie vor verbreiteten Theorien des klassischen Liberalismus stehen. (Vgl. Knoche 1997, 124)

Insbesondere angesichts der vielfach dokumentierten konzentrationsfördernden Wirkung der Privatisierung und Kommerzialisierung des Rundfunkbereichs in verschiedenen europäischen Ländern seit Beginn der 80er Jahre muß man eine gleichartige Privatisierung in Österreich als medienpolitisch verantwortungslos bezeichnen. Denn den grundsätzlichen Zusammenhang von Privatisierung und Konzentrationsprozessen (siehe dazu auch den Beitrag von Marie Luise Kiefer in diesem Heft) lassen die beiden Regierungsparteien in ihren öffentlichen Verlautbarungen außer acht.

Ausreichend wissenschaftlich belegt ist auch eine »Mechanik der Medienkonzentration« (Kiefer 1995, 59f), die regelmäßig Ursache für eine Konzentration im Medienbereich ist. Diese wird in Zukunft noch ungeheure Ausmaße annehmen. Denn Medienmärkte tendieren, wie andere Märkte auch, zur Eliminierung des Wettbewerbs, Konzentration erweist sich deshalb als das natürliche Resultat von Wettbewerb. Die erkennbaren Konzentrationstendenzen »heben die demokratiepolitische Berechtigung für eine privatwirtschaftliche Marktverfassung – auf deren Grundlage sie sich entwickeln – auf. Die Legitimation eines rein vom Markt bestimmten nationalen Mediensystems nimmt mit einem steigenden Maß an Konzentration ab.« (Bruck 1992, 68) Verhinderung oder Bekämpfung von Medienkonzentration erforderte deshalb neuartige medienpolitische Strategien und Handlungen. (Vgl. Kopper 1995) Österreichs Regierungsparteien dagegen betreiben mit ihrer Privatisierung des Rundfunkbereichs eindeutig nicht revidierbare Konzentrationsförderungspolitik statt demokratiepolitisch erforderlicher Anti-Konzentrationspolitik. Der Widerspruch zwischen den aufrecht erhaltenen Dogmen Pressefreiheit und Medienvielfalt sowie der Realität der Presse- bzw. Medienkonzentration wird sich somit vergrößern. (Vgl. Friedl 1996)

1. Multimediale Konzentration vorprogrammiert

Der Startschuß für die Anpassung Österreichs an das weltweite Medienkonzentrationsniveau fiel kurz nach dem Kanzlerwechsel vom Januar 1997 auf höchster Ebene im kleinsten Kreis. Der neue Kanzler Klima (SPÖ) einigte sich mit dem alten Vizekanzler Schüssel (ÖVP) hinsichtlich einer Novelle zum Regionalradiogesetz von 1993 und eines erstmaligen Kabel- und Satellitenrundfunkgesetzes. (Vgl. Der Standard v. 20. 2. 1997, 15) Im Unterschied zu Deutschland, wo dieser Startschuß bereits 1984 nach einem Regierungswechsel von einem sozialdemokratischen zu einem christdemokratischen Kanzler fiel, will der SPÖ-Kanzler Klima von Beginn an ein noch radikalerer Konzentrationsförderer sein. Dies ist unter anderem aus einem Kanzler-Interview zu ersehen, das die Programmzeitschrift *tvmedia* im Februar 1997 veröffentlichte. Herausgestellt wurden dabei vier »*Kanzler-Ansagen*«:

1) als Kolumnist der Wiener Wochenzeitschrift für Kultur und Politik »Falter«.

- *»Privatfernsehen und Privatradio bereits in den nächsten Wochen*
- *Umwandlung des ORF in eine AG auf jeden Fall in diesem Jahr*
- *Terrestrische TV-Frequenzen für Private spätestens 1998*
- *Österreich rasch auf den Information Highway bringen.«* (tvmedia 9/1997, 10)

Der medienpolitische Anstoß für einen neuen Konzentrationsschub[2] – von den Presseverlegern und der Werbewirtschaft in den vergangenen Jahren ständig ungeduldig als überfällig angemahnt – kommt für die Medienunternehmer gerade noch rechtzeitig. Denn die Konzentrationsreserven im Pressebereich sind schon weitgehend ausgeschöpft, so daß das konzentrierte Pressekapital dringend auf neue Anlagesphären angewiesen ist. Diese werden in Kürze in ausreichendem Maße in den Mediensektoren Hörfunk und Fernsehen (lokales, regionales und nationales Kabel- und Satelliten-Fernsehen sowie terrestrisches Fernsehen) sowie für Online-Medien von der Regierung bereitgestellt.

Nach dem Muster des Konzentrationsverlaufs in anderen Ländern kann man deshalb den bisherigen und zukünftigen Medienkonzentrationsprozeß in Österreich in seinem systematischen Ablauf als einen mehrstufigen, teilweise zeitlich parallel verlaufenden Prozeß beschreiben, von

1. horizontaler Zeitungs- und Zeitschriftenverlagskonzentration hin zu
2. pressediagonaler Konzentration mit der Bildung von Pressekonzernen hin zu
3. mediendiagonaler und vertikaler Konzentration mit der Bildung von (Multi-)Medienkonzernen und schließlich hin zu
4. konglomerater Konzentration durch Verbindung von Medienkonzernen mit medienfremden Unternehmen sowie mit Unternehmen im Bereich von Datendiensten und Medieninfrastruktur mit der Bildung von Kommunikationskonzernen. (Vgl. Knoche 1996b, 107)

Österreich befindet sich derzeit noch auf der Stufe zwei der Pressekonzerne. Diese sind jedoch schon heute mit der dritten Stufe indirekt dadurch verbunden, daß ausländische Multimedienkonzerne Kapitalanteile an österreichischen Unternehmen besitzen. Aufgrund der vergleichsweise schwachen Kapitalressourcen und der kleinen Märkte in Österreich wird der bevorstehende Übergang zur dritten und vierten Stufe zwangsläufig mit der weiteren Beteiligung von ausländischem Kapital verbunden sein.

Die in den Gesetzesentwürfen vorgesehenen Beteiligungsbeschränkungen für Presseverleger können Konzentration kaum wirksam verhindern: Verleger sollen sich zwar nur bis zu 26 Prozent an einem privaten Radio beteiligen dürfen, aber es können sich durchaus mehrere Verleger oder andere Medienunternehmen an demselben Radio beteiligen. Außerdem können sich Medienunternehmen an zwei weiteren Radios zu jeweils zehn Prozent und Zeitungsgruppen sogar in sechs Bundesländern beteiligen, (vgl. Wittmann 1996, 509) so daß es zu Kettenbildungen kommen wird. Im Kabelbereich, für den im Gegensatz zum Radio- und Fernsehbereich nicht einmal eine Lizenz erforderlich ist, dürfen sich Medienunternehmen an beliebig vielen Sendern mit jeweils bis zu 26 Prozent beteiligen. Nicht-EWR-Unternehmen dürfen sich sogar bis 49 Prozent an Kabel- oder Satellitenprogrammen beteiligen. (Vgl. APA-Journal Medien 8/1997, 1)

Darüber hinaus wird sich konzentrationsfördernd auswirken, daß pro Bundesland jeweils nur ein Regionalradio eine Lizenz erhalten wird (in Wien zwei). Es wird also auf Bundesländerebene jeweils ein privates ökonomisches und publizistisches Radiomonopol errichtet. Da es keine Beschränkungen für Beteiligungen von Banken und anderen Unternehmen gibt, ist hier auch eine länderübergreifende ökonomische Konzentration vorprogrammiert. Vor allem aber wird es auch eine länderübergreifende publizistische Konzentration geben, da die generelle Kommerzialierung der Radioprogramme eine ökonomisch notwendige Vereinheitlichung der inhaltlichen Ausrichtung der Programme unabhängig von der jeweiligen konkreten Eigentümerstruktur der Sender und unabhängig von den Ländergrenzen bewirken wird.

»Garanten« einer publizistischen Konzentration sind die voraussichtlichen Eigentümer der Regionalradios, die entweder schon 1995 eine Lizenz erhielten[3] (Vgl. Wittmann 1996, 514f.) bzw. nach Verabschiedung der Novelle des Regionalradiogesetzes 1997 höchstwahrscheinlich eine Lizenz bekommen werden. (Vgl. tvmedia 10/1997, 21f.) Es sind ausnahmslos pro Bundesland die marktbeherrschenden Presseverlage, andere Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, Banken und sonstige Wirtschaftsunternehmen. Medienvielfalt im Sinne inhaltlicher Alternativen ist deshalb nicht zu erwarten. Hoffnungen auf Medienvielfalt kann es allenfalls auf der publizistisch weniger relevanten Ebene der vorgesehenen 45 Lokalradios geben, falls auch nicht-kommerzielle Initiativen eine Lizenz erhalten.

Die schwerwiegendste Konzentration wird sich im Bereich des terrestrischen Fernsehens entwickeln. Da es voraussichtlich nur eine landesweite terrestrische Lizenz für Privatfernsehen geben wird und da die Investitionskosten nur für kapitalkräftige Unternehmen tragbar sind, wird es ein privates österreichisches Fernsehen nur auf der Basis eines Zusammenschlusses jetzt schon marktbeherrschender österreichischer Verlage geben, wahrscheinlich unter Beteiligung von medienfremdem und ausländischem Kapital. Damit kommt es zu folgenschweren »cross-ownerships« und zu einer ökonomischen und publizistischen Monopolbildung im privaten überregionalen Fernsehbereich.

Nicht umsonst ist es für die Medienzeitschrift *tvmedia*, dessen Eigentümer selbst ins Fernsehgeschäft drängen, »die wohl spannendste Frage: Wer in Österreich erhält die Möglichkeit, terrestrisch verbreitetes Privatfernsehen zu veranstalten?« (tvmedia 9/97, 13) Konzentrationsfördernd wirkt sich eine Lizenzierung eines privaten Fernsehsenders vor allem auch insofern aus, als damit – ähnlich wie in den Beispielländern – ein Verdrängungsprozeß gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeleitet wird.

2) Am 20. März 1997 wurden vom Nationalrat zwei »Privatisierungsgesetze«, das Regionalradiogesetz sowie das Kabel- und Satellitenrundfunk-Gesetz, verabschiedet (Inkrafttreten am 1.5.1997, geplante Lizenzvergabe zum 1.9.1997)

3) Die im Jänner 1995 erstmals vergebenen zehn Regionalradiolizenzen konnten bis heute nicht realisiert werden, weil der Verfassungsgerichtshof im September 1995 33 Beschwerden gegen die Vergabepraxis der Regionalradiobehörde stattgegeben hatte, so daß eine Novellierung des Regionalradigesetzes und eine Neu-Lizenzierung notwendig wurde. (Vgl. Wittmann 1996, 511)

2. Opposition gegen konzentrationsfördernde Medienpolitik

Immerhin gibt es auch – wenn auch nur kleine und weitgehend ohnmächtige – Parteien und Organisationen, die sehr wohl auf einen zwangsläufigen Zusammenhang von Privatisierung und Medienkonzentration öffentlich hinweisen. So kritisierten die kleinen Oppositionsparteien, das Liberale Forum (LIF) und Die Grünen, die Regierung fördere mit den Gesetzesvorhaben die Medienkonzentration. LIF-Mediensprecher Frischenschlager monierte, es sei aus demokratiepolitischen Gründen untragbar, daß die Novelle des Regionalradiogesetzes keine Regelungen enthalte, die geeignet seien, die Medienmacht der regionalen Zeitungen zu begrenzen.

Auch die grüne Mediensprecherin Stoisits prognostizierte, die Realisierung des Gesetzentwurfes werde in den nächsten Jahren zu einer weiteren dramatischen Verschärfung der Pressekonzentration führen. Sie bemängelte, daß der Grundversorgungsplan[4]) für die Zuteilung der Frequenzen eine Stärkung der Regionalradios vorsehe, deren Lizenzen den größten Printmedien zugeteilt werden sollen. Zur Sicherung von Medienvielfalt fordern die Grünen deshalb, daß marktbeherrschende Presseverlage von der Beteiligung im Bereich elektronischer Medien ausgeschlossen werden sollten. In Übereinstimmung mit dem Liberalen Forum wollen die Grünen stattdessen freie, nicht-kommerzielle Radioprojekte gesetzlich verankern. Diese sollten über einen Fond aus einem Teil der Gebühreneinnahmen des öffentlich-rechtlichen ORF finanziert werden, außerdem aus einem Teil der Werbeeinnahmen der kommerziellen Radios. (Vgl. APA-Journal Medien 8/1997, 2; Die Presse v. 6. 3. 1997, 26)

Die Grünen befinden sich, ähnlich wie das Liberale Forum, in einem prinzipiellen Dilemma: Einerseits fordern sie selbst eine Privatisierung des Radio- und Fernsehbereich, weil sie damit nicht-kommerzielle Projekte und darüber Medienvielfalt ermöglichen wollen. Andererseits sind sie sich bewußt, daß die von den Regierungsparteien geplante Privatisierung gerade das krasse Gegenteil von Medienvielfalt bringen wird: eine Medienkonzentration, die die bisherige Pressekonzentration in Österreich weit in den Schatten stellen wird.

Die jüngst noch von den Grünen-Politikern Pilz und Strobl erneuerten Forderungen nach »der Verhinderung von Proporz und Kartellbildung im Privatradio- und TV-Bereich« (APA-Journal Medien 7/1997, 4), verbunden mit der Forderung nach einem neuen Medienkartellrecht und der Auflösung der Mediaprint, haben keine Verwirklichungschancen. Als paradox erscheint in diesem Zusammenhang die Vorstellung von Pilz, die der Stadt Wien verbleibende Sperrminorität in der Bank Austria solle dazu genutzt werden, um demokratische Mindeststandards im Medienbereich zu erreichen. Von der Bank Austria erwartet er sich ein »klares Medienkonzenpt und klare Garantien für den Fortbestand der Medien – zwei Tageszeitungen und eine Wochenzeitung – und ein geändertes Verhalten im Radiobereich.« (Ebenda)

Die ÖGB-Arbeitsgemeinschaft für Publizistik und Medien appellierte an die ÖGB-Vertreter im Nationalrat, sie sollten das Regionalradiogesetz ablehnen, da es »der weiteren Medienkonzentration und dem Ausverkauf österreichischer Interessen« Vorschub leiste. Denn – so die Vorhersage – »unter dem Vorwand der Meinungsvielfalt werden nur jene kommerziell übermächtigen Gruppen Lizenzen erhalten, die ohnehin schon den Markt diktieren.« (Die Presse v. 18. 1. 1997, 9) Auch der Verband Freier Radios, die Interessenvertretung nicht-kommerzieller Radiomacher, warnte, auf der Grundlage des neuen Regionalradiogesetzes werde es zu einem »Ätherdarwinismus« kommen und die nicht-kommerziellen Radios würden in eine Konkurrenz mit den kommerziellen Stationen gedrängt, »was die Chancen auf eine Ermöglichung Freier Radios gegen Null gehen läßt.»5) (APA-Journal Medien 9/1997, 4)

4) Inzwischen gibt es eine Diskussion über eine mögliche Verfassungswidrigkeit des Grundversorgungsplanes. (Vgl. APA-Journal Medien 10/1997, 1)

3. Von der Presse- zur Medienkonzentration

Insbesondere die Erfahrungen mit der Entwicklung des »dualen« Rundfunksystems und dem Scheitern der Konzentrationskontrolle in Deutschland wären Grund genug gewesen, in Österreich von einer uneingeschränkten Privatisierung im Interesse von Medienfreiheit und Medienvielfalt abzusehen. In Deutschland wurde in den vergangenen zehn Jahren das vorgeführt, was jetzt für Österreich bevorsteht:

- Intermediäre (multimediale) ökonomische Konzentration durch Besitz- und Beteiligungs-Verflechtungen von Medienunternehmen, auch mit medienfremden Kapital,
- medienübergreifende Marktmacht und publizistische Konzentration (Tages- und Wochenzeitungen, Publikumszeitschriften, Hörfunk und Fernsehen, Kabel- und Satellitenrundfunk, Online-Medien),
- regionale multimediale marktbeherrschende Positionen von Medienunternehmen,
- internationale Medienkonzentration. (Vgl. für die beispielgebende Entwicklung in Deutschland insbesondere Altmeppen 1994; Dorer 1995; Europäisches Medieninstitut 1995; Heinrich 1994; Kiefer 1994 und 1995; Kleinsteuber 1994; Röper 1995; Seufert 1994)

Die bisherige Diskussion um Pressekonzentration in Österreich ist seit Jahren auf den größten Pressekonzern des Landes, die Mediaprint, fokussiert (Vgl. z.B. Hummel 1992; Bruck/Selhofer/Stocker 1995). Dabei geht es zum einen um die ökonomische Konzentration der Mediaprint als Konzern, dessen Entflechtung zum Beispiel im Entwurf zu einem Medien-Volksbegehren »SOS Medienfreiheit»6) (Vgl. Österreichischer Gewerkschaftsbund 1996) gefordert wird. Zum anderen geht es um die publizistische Konzentration der Mediaprint-Produkte, vor allem der Neuen Kronen Zeitung. In der Konzentrationsdebatte wird es von verschiedenen Seiten als bedrohlich für die Demokratie angesehen, daß die Neue Kronen Zeitung eine Reichweite von fast 45 Prozent in der Bevölkerung hat und daß durch die Verflechtung mit dem Kurier sogar mehr als die Hälfte der Bevölkerung täglich von einem Konzern erreicht wird.

5) Diese pessimistische, aber realistische Prognose wurde in einer gemeinsamen Presseaussendung dieses Verbandes zusammen mit der Journalistengewerkschaft, der Österreichischen Hochschülerschaft und der IG Kultur verbreitet.

6) Diese Initiative wurde ab Juni 1996 mit Unterstützung der kleinen Oppositionsparteien (Liberales Forum und Die Grünen) und der Österreichischen Hochschülerschaft von der Journalistengewerkschaft organisiert. Der ursprüngliche Zeitplan, das Volksbegehren im Frühjahr 1997 zu starten, konnte jedoch nicht eingehalten werden.

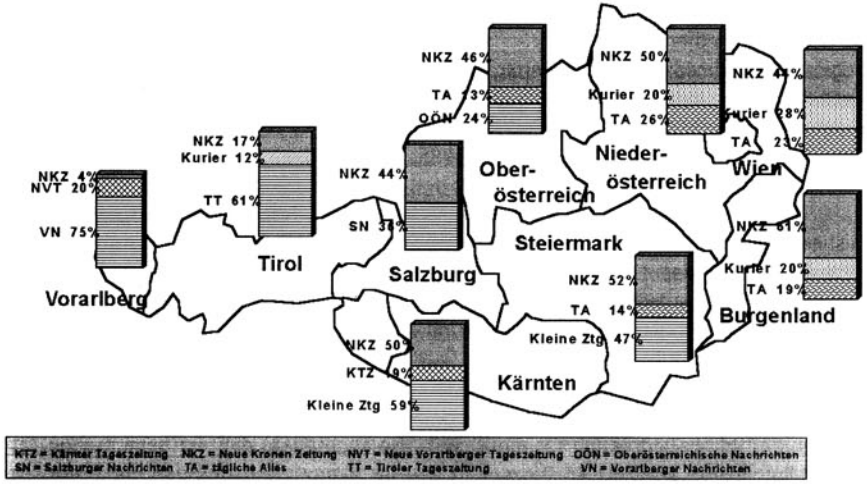
Bemerkenswert ist auch der Konzentrationsgrad, der in der Beteiligung von ausländischem, insbesondere deutschem Kapital an österreichischen Verlagen zum Ausdruck kommt, zum Beispiel: (vgl. Pürer 1996, 424f)

- Westdeutsche Allgemeine Zeitung: 50% Neue Kronen Zeitung und 49% Kurier (Tageszeitungen)
- Springer AG: 65% Tiroler Tageszeitung und 25% News (Wochenmagazin)
- Neue Passauer Presse: 51% Oberösterreichischer Landesverlag (mit Wochenzeitung Oberösterreichische Rundschau)
- Bertelsmann AG: 24,9% Tele (TV-Supplement)
- Bonnier (Schweden): 50% Wirtschaftsblatt.

In der Diskussion wird jedoch zu wenig der hohe Grad ökonomischer und publizistischer Konzentration in den Bundesländern berücksichtigt. Auch in sieben von neun Bundesländern dominiert die Neue Kronen Zeitung mit Reichweiten zwischen 44 und 63 Prozent (siehe Grafik 1). In den übrigen Ländern hat jeweils eine Bundesland-Zeitung eine marktbeherrschende Stellung.

Grafik 1

Marktführer Tageszeitungen Bundesländer Österreich 1996
Reichweite in Prozent der Bevölkerung



Quelle: IMAS: Österreichische Verbraucheranalyse (ÖVA) 1996 / Burgenland , Vorarlberg: Media-Analyse 1996

Dieser Stand der Pressekonzentration ist bereits das Ergebnis einer Medienpolitik als Konzentrationsförderungspolitik. Instrumente dieser Politik sind in allen Ländern vor allem die Laissez-faire-Politik neoliberaler Prägung und die unzureichende Fusionskontrolle, die den Medienunternehmen nahezu unbeschränkte Handlungsspielräume gibt. Schon allein dieser bewußte Verzicht des Staates auf regulierende Medienpolitik wirkt konzentrationsfördernd. (Vgl. Fabris 1995, 95; Jarren 1996, 203-210; Knoche 1996b, 103-107)

Bestehende Regelungen zur Fusionskontrolle im Pressebereich und zur Konzentrationskontrolle im Rundfunkbereich können wegen ihrer weitgehenden – durchaus politisch gewollten – Wirkungslosigkeit als bewußte Akte einer nur »symbolischen Politik« gewertet werden. (Vgl. Kiefer 1995, 58) In Österreich kommt die konzentrationsfördernde Wirkung der Presseförderung hinzu, die auch den marktbeherrschenden Verlagen zugute kommt und ihnen damit zusätzliche Wettbewerbsvorteile verschafft.[7] (Zur Verteilung der Bundes-Presseförderung 1995 an die Tageszeitungen vgl. Pürer 1996, 437f.) Ein weiteres wirkungsvolles Instrument der Konzentrationsförderung ist vor allem die Privatisierungpolitik, die die marktbeherrschenden Unternehmen eindeutig bevorzugt und so den Weg für weitere unternehmerische Konzentrationsaktivitäten freigibt.

Grundsätzlich kann man feststellen: Medienkonzentration wurde bislang – wie die Konzentration in den übrigen Wirtschaftsbereichen – weder jemals verhindert noch rückgängig gemacht. Sie wird im Gegenteil in Zukunft, insbesondere aufgrund der Privatisierung des Rundfunks und des Telekommunikationsbereichs, enorm weiter wachsen. Der Konzentrationsprozeß ist Ausdruck eines sozioökonomischen Wandels, der »in einem nicht behebbaren Maß irreversible Strukturbildung einschließt. « (Kopper 1980, 224)

Regelmäßig geht es um die beiden Konzentrationsformen

- absolute (ökonomische und publizistische) Konzentration als geringe Anzahl rechtlich und/oder wirtschaftlich selbständiger Einheiten wie Unternehmen, Veranstalter, Sender, Publizistische Einheiten auf Märkten oder innerhalb von Branchen/Industriezweigen sowie
- relative (ökonomische und publizistische) Konzentration als ungleiche Verteilung von Marktanteilen nach Umsatz, Werbevolumen, Auflage, Reichweite etc. selbständiger Einheiten in Märkten, Branchen bzw. Industriezweigen. (Vgl. Knoche 1996b, 111f.)

Dabei geht es auch um den Zusammenhang von Anbieter-Konzentration (Kapital-Verflechtungen, Kooperationen, Allianzen etc. von Medienunternehmen) und Markt-Konzentration (Marktanteile von Medienunternehmen, inclusive marktübergreifende Konzentration durch cross-ownership).

4. Systematik der Konzentrationsförderungspolitik

In den meisten europäischen Ländern und vor allem auch auf EU-Ebene ist die Medienpolitik schon seit Beginn der 80er Jahre dadurch gekennzeichnet, daß nahezu uneingeschränkt Markt und Wettbewerb als zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Koordinationsme-

7) Vermutlich gibt es auch eine tendenziell konzentrationshemmende Wirkung der Presseförderung folgender Art: »Gäbe es die Förderung nicht, so wäre heute die Zahl der publizistischen Einheiten noch geringer, die Konzentration noch höher.« (Schmolke 1993, 127)

chanismen gepriesen werden. Verbunden damit ist eine Konzentrationsförderungspolitik, somit das Gegenteil von wünschenswerter und nach wie vor propagierter Konzentrationskontrolle. Diese wird zunehmend mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit von nationalen oder europaweiten Großunternehmen zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Medienunternehmen gegenüber der Konkurrenz aus USA und Japan gerechtfertigt.

Konzentrationsförderung durch Förderung großer Unternehmenseinheiten ist im vorherrschenden Konzept des funktionsfähigen Wettbewerbs schon seit längerem eine zentrale Aufgabe des Staates. Die bewußte Zurückhaltung in der Konzentrationskontrolle ist zusätzlich auf eine Orientierung an neoklassischen Wirtschaftskonzepten zurückzuführen. Mit ihnen werden die selbstregulierenden Kräfte des Marktes betont und dem Staat nur eine Rolle als Garant einer allgemeinen Markt- und Wettbewerbsfreiheit zugewiesen. (Vgl. Knoche 1996a, 108f.)

Die vor allem in Österreich nach wie vor beschworenen Formen des Korporatismus, der Sozialpartnerschaft und der Konkordanzdemokratie sehen zwar die gleichgewichtige Koordination und Verhandlung des Staates mit Unternehmer- und mit Arbeitnehmer-Organisationen vor. Diese werden aber zunehmend abgelöst von direkten Verhandlungen des Staates mit einzelnen Großunternehmen. Dabei setzen sich überwiegend die partikularen Interessen einzelner Mediengroßunternehmen durch, während ein gemeinwohlorientierter Systemnutzen, etwa eine Sicherung von Informations- und Meinungsvielfalt, nur in dem eingeschränkten Maße erreicht wird, wie er für die Großunternehmen von Nutzen ist.

5. Prognose des Konzentrationsprozesses

Diese Verflechtung von Medienpolitik und Medienwirtschaft wird sich im Hörfunk- und Fernsehbereich in Österreich in den nächsten Jahren höchstwahrscheinlich so ähnlich wie im vergangenen Jahrzehnt in Deutschland auswirken. Dabei sind drei Haupt-Phasen des Konzentrationsförderungsprozesses zu unterscheiden:

1. Phase: Deregulierung von seiten der Politik in Form von gesetzlichen Rahmenbedingungen für privatwirtschaftlichen Rundfunk und Lizenzierung privater Rundfunkveranstalter. Dies wirkt sich aufgrund der hohen legitimatorischen Absicherung der Präferenz für die bereits am Markt etablierten Medienunternehmen als praktische Konzentrationsförderung aus. (Vgl. Brugger 1995, 43-49)
2. Phase: Selbstregulierung auf dem Medienmarkt durch die etablierten Medienunternehmen mit Hilfe eines wettbewerbsbeschränkenden Marktverhaltens. Nach gängigen Markt- und Wettbewerbstheorien müßte dies eigentlich als ein deutliches Zeichen von Marktversagen gewertet werden.
3. Phase: Re-Regulierung in Form einer nur schwach ausgeprägten Konzentrationskontrolle von seiten der Politik, die eine weitere Medienkonzentration eher fördert als behindert. (Vgl. Knoche 1996a, 109-115)

Zusammenfassend scheint mir folgende Prognose für die weitere Entwicklung der Medienkonzentration in Österreich realistisch zu sein:

- Der Kommerzialisierungs- und Konzentrationsprozeß im Medienbereich folgt – wie in der gesamten Wirtschaft – einer unausweichlichen ökonomischen Sachlogik und ist deshalb weitgehend irreversibel, d. h. prinzipiell nicht rückholbar.
- Dies führt zur Herausbildung von investiven internationalen Konglomeraten, an denen sich wegen der außergewöhnlich hohen Verzinsung des eingesetzten Kapitals zunehmend auch Finanzkapital von außerhalb des traditionellen Medienkapitals beteiligt. (Vgl. Kopper 1994, 127f.)
- Diese Entwicklung ist durch die Verfassung einer marktwirtschaftlichen Demokratie als Gesellschafts-, Wirtschafts- und Medienordnung grundsätzlich legitimiert.
- Sie wird durch die bevorstehende Verabschiedung von Privatisierungsgesetzen für den Rundfunkbereich in Österreich und durch die Medienpolitik der EU-Kommission gestützt und gefördert.
- Die »Koalition der Mächtigen«, die gut organisierte Konkordanz von Medienwirtschaft und Politik, legitimiert sich unter Berufung auf den massenhaften Medien-Konsum der Mehrheit der Bevölkerung als demokratisch.
- Die »Koalition der Schwachen« dagegen, die ungenügend organisierte Minderheit wird mit dem Hinweis auf das mehrheitliche Konsumentenverhalten als »weltfremd« oder »undemokratisch« diskriminiert.
- Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, daß die parlamentarische Minderheit derjenigen Parteien, die eine Kommerzialisierung in ihren negativen Folgen begrenzen wollen und deshalb die geplanten Mediengesetze ablehnen, in absehbarer Zeit über demokratische Wahlen zur Mehrheit werden könnte.

Trotzdem besteht vielleicht noch eine Chance, daß in Österreich wenigstens für den elektronischen Medienbereich die Erkenntnis gefördert wird, daß Kapital und privates Eigentum als alleinige Legitimation für die Ausübung von Medienfreiheit ungeeignet sind. Hierbei könnte sich die österreichische Regierung am Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien des Europäischen Parlaments orientieren. Dieser hat im Juli 1996 erkannt, »daß die beschleunigten Konzentrationsprozesse ... zur Entstehung äußerst mächtiger transnationaler privater Gruppen führen.« (Bericht des Aussschusses vom 11. Juli 1996, 6) Vor allem in kleineren Ländern bestehe deshalb die Gefahr, daß die öffentlichen Fernsehdienste in eine Randrolle abgedrängt werden.

Deshalb vertritt der Ausschuß »die Auffassung, daß die Medienpolitik in Europa auf nationaler und europäischer Ebene das öffentliche Rundfunkwesen unterstützen und seinen besonderen Charakter innerhalb der sich rasch wandelnden audiovisuellen Landschaft bekräftigten muß. « (Ebenda, 7) Die Europäische Kommission wird hierzu aufgefordert, »in ihrem nächsten Grünbuch über neue audiovisuelle Dienste eine Schlüsselrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ... anzuerkennen.« (Ebenda, 9)

Es ist bekannt, daß derartige Vorschläge von seiten des Europäischen Parlaments von der entscheidungsbefugten Europäischen Kommission in der Regel nicht so wie vom Parlament vorgeschlagen realisiert werden. Umso größer ist die Chance Österreichs, hier eine Vorreiterrolle zu spielen. Voraussetzung dafür wäre, daß von Regierungsseite wenigstens die geplante Umwandlung des ORF in eine Aktiengesellschaft nicht realisiert und so der öffentlichrechtliche Rundfunk nicht ungeschützt dem bekanntermaßen existenzgefährdenden »freien Spiel der Marktkräfte« und damit dem staatlich geförderten agressiven Verdrängungswettbewerb privater Medienunternehmen ausgeliefert würde.

Literatur

Altmeppen, Klaus-Dieter (1994). Marktmacht und mächtige Märkte. Die Entwicklung der Medienbranche in den letzten zehn Jahren. In: Jarren, Otfried (Hg.). Medienwandel – Gesellschaftswandel? 10 Jahre dualer Rundfunk in Deutschland. Eine Bilanz. Berlin: Vistas, 91-115.

Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien (Hg.) (1996). Bericht über die Rolle der öffentlichen Fernsehdienste in einer multimedialen Gesellschaft. Berichterstatterin: Frau Carole Tongue. A4-0243/96. In: Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 1996, 1-23.

Bruck, Peter A. (1992). Zur Medienpolitik. Presseökonomische Positionen. In: Medien Journal 16, 65-74.

Bruck, Peter A./ Selhofer, Hannes/ Stocker, Günther (1995). Marktmacht Mediaprint. Eine medienökonomische und publizistische Analyse der Marktposition von Österreichs größtem Verlagskonzern. Salzburg: Institut für Informationsökonomie und Neue Medien. Unveröffentlichter Forschungsbericht.

Brugger, Sepp (1995). Medienpolitik und »Radioliberalisierung« in Österreich. In: Dorer, Johanna/Baratsits, Alexander (Hg.). Radiokultur von morgen. Ansichten, Aussichten, Alternativen. Wien: Buchkultur, 41-50.

Dorer, Johanna (1995). Medienmarkt – Medienmacht. Zur Ökonomie des Rundfunkmarkts. In: Dorer, Johanna/Baratsits, Alexander(Hg.). Radiokultur von morgen. Ansichten, Aussichten, Alternativen. Wien: Buchkultur, 101-131.

Europäisches Medieninstitut (1995). Bericht über die Entwicklung der Meinungsvielfalt und der Konzentration im privaten Rundfunk gemäß § 21, Abs. 6, Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland. In: Die Landesmedienanstalten (Hg.). Die Sicherung der Meinungsvielfalt. Berlin: Vistas, 127-220.

Fabris, Hans-Heinz (1995). Europas Rundfunklandschaft: Markt- vor Meinungsfreiheit. Zur Diskussion um Vielfalt und Konzentration. In: Dorer, Johanna/Baratsits, Alexander (Hg.). Radiokultur von morgen. Ansichten, Aussichten, Alternativen. Wien: Buchkultur, 89-100.

Friedl, Harald A. (1996). Dogma »Pressefreiheit« versus Realität »Pressekonzentration«. Die rechtliche Bedeutung der Pressekonzentration im Lichte der dogmatischen und empirischen Rahmenbedingungen der Presse in Österreich. Klagenfurt: Dipl. Arbeit.

Heinrich, Jürgen (1994). Keine Entwarnung bei Medienkonzentration. Ökonomische und publizistische Konzentration im deutschen Fernsehsektor 1993/94. In: Media Perspektiven 6/1994, 297-310.

Hummel, Roman (1992). Einfalt statt Vielfalt. Pressesituation und -politik der 70er und 80er Jahre in Österreich. In: Duchkowitsch, Wolfgang/Hausjell, Fritz/Pelinka, Peter (Hg.). Zeitungs-Los. Essays zu Pressepolitik und -konzentration in Österreich. Salzburg: Müller, 43-54.

Jarren, Otfried (1996). Publizistische Märkte und Kommunikationspolitik. Öffentliche Regulierung statt politisch-administrativer Steuerung? In: Altmeppen, Klaus-Dieter (Hg.). Ökonomie der Medien und des Mediensystems. Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 203-219.

Kiefer, Marie-Luise (1994). Wettbewerb im dualen Rundfunksystem? Betrachtungen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. In: Media Perspektiven 4/1994, 430-438.

Kiefer, Marie-Luise (1995). Konzentrationskontrolle: Bemessungskriterien auf dem Prüfstand. Mechanismen der Medienkonzentration ökonomisch betrachtet. In: Media Perspektiven 2/1995, 58-68.

Kleinsteuber, Hans J. (1994). Gibt es eine Zukunft des dualen Systems? Zu den Folgekosten der Kommerzialisierung. In: Jäckel, Michael/Winterhoff-Spurk, Peter (Hg.). Politik und Medien. Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation. BerlIn: Vistas, 71-84.

Knoche, Manfred (1996a). Konzentrationsförderung statt Konzentrationskontrolle. Die Konkordanz von Medienpolitik und Medienwirtschaft. In: Mast, Claudia (Hg.). Markt – Macht – Medien. Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen. Konstanz: UVK Medien, 105-117.

Knoche, Manfred (1996b). Konzentrationsboom und Forschungsdefizite. Von der Presse- zur Medienkonzentrationsforschung. In: Altmeppen, Klaus-Dieter (Hg.). Ökonomie der Medien und des Mediensystems. Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, 101-120.

Knoche, Manfred (1997). Medienkonzentration und publizistische Vielfalt. Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems. In: Renger, Rudi/Siegert, Gabriele (Hg.). Kommunikationswelten. Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft. Innsbruck: Studien-Verlag, 123-158.

Kopper, Gerd G. (1980). Der sozio-historische und politisch-ökonomische Hintergrund der Pressekonzentration. In: Klaue, Siegfried/Knoche, Manfred/Zerdick, Axel (Hg.). Probleme der Pressekonzentrationsforschung. Ein Experten-Colloquium an der Freien Universiät Berlin. Baden-Baden: Nomos, 223-229.

Kopper, Gerd G. (1994). Ein Europa der sechs erfolgreichen TV-Konglomerate. Die Internationalisierung des Fernsehmarktes in Westeuropa und naheliegende Schlußfolgerungen. In: Wunden, Wolfgang (Hg.). Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik, Bd 2. Hamburg/ Stuttgart: Steinkopf Verlag, 125-136.

Kopper, Gerd G. (1995). Medienmarkt und Medienpolitik in Europa. In: Schmitz, Hermann-Josef/Tompert, Hella (Hg.). Kommerz kontra Kultur? Europäischer Medienmarkt und kulturelle Identität. Stuttgart: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 9-25.

Österreichischer Gewerkschaftsbund/Gewerkschaft Kunst Medien Freie Berufe Sektion Journalisten (1996). Entwurf Volksbegehren »SOS-Medienfreiheit«. Text des Volksbegehrens. Wien: Österreichischer Gewerkschaftsbund.

Pürer, Heinz (1996). Presse in Österreich. In: Pürer, Heinz (Hg.). Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Mit einer Berufs- und Medienkunde für Journalisten in Österreich, Deutschland und der Schweiz, (4., überarbeitete und erweiterte Auflage). Konstanz: UVK Medien, 415-449.

Röper, Horst (1995). Formationen deutscher Medienmultis 1994/95. Veränderungen, Pläne und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen. In: Media Perspektiven 7/1995, 310-330.

Schmolke, Michael (1993). Presseförderung. In: Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg (Hg.). Massenmedien in Österreich. Medienbericht 4. Wien: Buchkultur, 119-130.

Seufert, Wolfgang (1994). Mehr Markt in Hörfunk und Fernsehen? Publizistische Vielfalt und ökonomischer Wettbewerb. In: Holgersson, Silke/Jarren, Otfried/Schatz, Heribert (Hg.). Dualer Rundfunk in Deutschland. Beiträge zu einer Theorie der Rundfunkentwicklung. Jahrbuch 1994 der Arbeitskreise »Politik und Kommunikation« der DVPW und der DGPuK. Münster/Hamburg: Lit, 169-178.

Wittmann, Heinz (1996). Privater Rundfunk in Österreich. In: Pürer, Heinz (Hg.). Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. Mit einer Berufs- und Medienkunde für Journalisten in Österreich, Deutschland und der Schweiz, (4., überarbeitete und erweiterte Auflage). Konstanz: UVK Medien, 505-515.

21. Jahrgang · Nr. 2/1997

Medien Journal

Medienkonzentration und Medienpolitik

Zeitschrift für Kommunikationskultur

ÖGK